

Fortschrittliche Rückschrittpolitik

3.000 LUF Rente pro Monat, pro Kind für jede Frau, die irgendwann in Luxemburg ein Kind zur Welt gebracht hat. Das klingt gut, das klingt fortschrittlich, besonders mit dem Zusatz: das sind wir den Frauen schuldig, ihre Arbeit muss anerkannt werden.

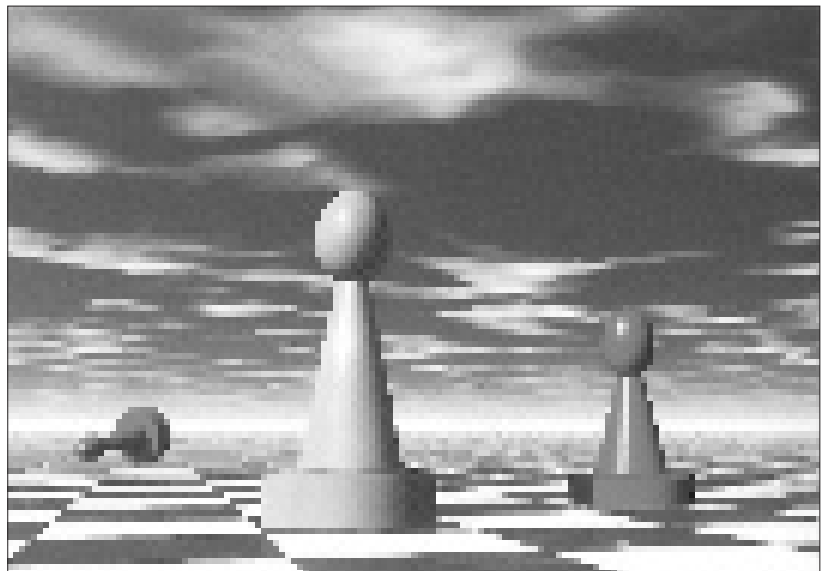
Da wehrt sich niemand, da überlegt keiner pro oder contra, alle fangen an zu rechnen: Wieviel macht das für mich, meine Mutter, meine Schwiegermutter, meine Schwestern oder Tanten? Viele kommen in den Genuss von Geld, viel Geld, und so beschränkt sich die Zurückhaltung auf die Frage: Wer soll das bezahlen? Das Staatsbudget oder eine überschüssige Rentenkasse? Diese Frage beschäftigt aber nicht die breite Öffentlichkeit. Eigentlich ist diese daran vollkommen desinteressiert. Hauptsache, das Geld kommt, wenn möglich bald, vor den nächsten Wahlen vielleicht? Wieviel wäre das pro Monat, pro Jahr? Was könnte man alles damit anfangen? Wer das bezahlt, können die entscheiden, die die Idee geboren haben. Das Kreuzchen auf dem Wahlzettel wird es ihnen danken. Und dieses Dankeschön ist viele, viele Kreuzchen wert. Deshalb kann kein Politiker, egal von welcher Seite, es sich erlauben, einige Grundüberlegungen zur Auswirkung solcher Rentenpolitik zu machen. Jedwede Überlegung wird als negative Einstellung gedeutet werden und einen Sturm der Entrüstung in dieser sonst so denkfaulen Gesellschaft hervorrufen. Denn Geld austeilen und Geld erhalten kann nicht negativ sein. Und die Strafe durch Kreuzchenentzug wird für jeden fürchterlich sein. Wenn wir diese Maßnahme kritisch hinterfragen wollen, können wir nur auf die Teile der Gesellschaft hoffen, die nicht auf Wahlstimmen angewiesen sind. Aber auch hier sitzen vorwiegend Menschen, die in den materiellen Genuss dieser Maßnahme kommen werden. Damit scheiden auch sie aus dem kritischen Denkprozess aus. Das lehrt uns die Entscheidung über das Erziehungsgeld genauso wie die rezente Debatte über die sogenannte Individualisierung der Rente und viele andere ähnliche Maßnahmen. Immer dann, wenn eine Entscheidung in Bezug auf die materielle Besserstellung von Müttern getroffen wird, schweigt das gesell-

schaftspolitische Gewissen. So eine Maßnahme ist per se gut, daran ist nicht zu rütteln.

Dass alle diese Maßnahmen einen gefährlichen Rückschritt bedeuten, für alle Frauen, für die Kinder und die Väter, sehen die einen nicht ein, die anderen trauen es sich nicht zu sagen und wieder andere wissen es genau ohne es sagen zu wollen. Denn ihre wahre Absicht ist das hundertjährige Familienmodell zu erhalten, koste es, was es wolle.

Frauen dürfen heute berufstätig sein, anders als vor 30 oder 50 Jahren. Aber wenn die Frauen zu Müttern werden, dann dürfen sie zwar noch immer berufstätig sein, jedoch unter der Bedingung noch bessere Mütter zu sein. Da aber diese Ansprüche nur von wenigen Frauen erfüllt werden können, haben sich bisher die meisten entweder gegen Kinder oder gegen den Beruf entschieden. Nur sehr wenige nehmen den zwanzigjährigen Kampf auf sich, im Beruf zu bleiben,

**Das
hundertjährige
Familienmodell
soll erhalten
werden, koste es,
was es wolle.**



darin auch Karrierechancen wahrzunehmen und gleichzeitig eine „gute“ Mutter zu sein. So kommt es, dass Luxemburg eine der niedrigsten Frauenbeschäftigungsraten hat und gleichzeitig eine relativ niedrige Geburtenrate.

Damit haben wir die doppelte Problemlage angesprochen, mit der unsere Regierung, wie fast alle anderen europäischen Regierungen auch, befasst ist: Der Erhalt und der Ausbau des bestehenden und zukünftigen Wohlstandes inklusive Renten, bei Fortschreibung der augenblicklich mehrheitlich getragenen Kriterien, erfordert die Erhöhung der Frauenerwerbsquote und die der Geburtenrate. Wie kann man das erreichen? Zur Lösung muss man nur nach Skandinavien schauen (wie so oft, weshalb unsere Politiker dies nicht gerne hören). In diesen Ländern sind die Frauenbeschäftigungs- und die Geburtenraten die höchsten in Europa. Dies wurde in den letzten 30 Jahren dadurch möglich, dass die Politik sich wirklich dafür entschied, eine Politik für die Frauen und mit den Frauen zu machen. Eine berufstätige Mutter ist kein Unikum, nichts Verwerfliches, nichts Negatives, sondern soll gefördert und unterstützt werden. Dazu bedarf es keiner materiellen Anreize, nur die Bedingungen müssen stimmen, die diese schwierige Situation ein bisschen erleichtern. Denn auch in Skandinavien ist es noch nicht gelungen, das schlechte Gewissen zu verdrängen oder die Rolle der Väter zu verändern. Aber die Ansätze lassen hoffen, dass bei kontinuierlicher Politik auch diese Probleme sich lösen lassen.

Und genau dies ist der Punkt, wo die luxemburgische Politik sich von der skandinavischen unterscheidet. Wir haben keinen fortschrittlichen Gesellschaftsplan, um zu einer positiven Veränderung zu gelangen, den wir dann auch noch mit einer kontinuierlichen Politik verfolgen.

Als wir Mitte der sechziger Jahre feststellten, dass unserer Wirtschaft trotz dem mit Problemen verbundenen Import von ausländischen Kräften immer noch die notwendigen Arbeitskräfte fehlten, verwirklichten wir einige größere Schulreformen, die dazu führten, dass die Mädchen eine fast gleichwertige Ausbildung erhielten, die es ihnen erlaubte am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Nur 10 Jahre später ging das Gespenst des Aussterbens der Luxemburger um und wir unternahmen große Anstrengungen um Mütter und Familien mit Kindern materiell besser zu stellen, von der Geburt über die Erziehungsjahre bis hin zur Pensionsberechtigung. Außerdem schlitterten wir ab Mitte der 70er Jahre in die Wirtschaftskrise und der Bedarf an weiblichen Arbeitskräften sank rapide, bei erstmals steigenden Arbeitslosenzahlen. So passte alles schön zusammen.

Anfang der 90er boomte die Wirtschaft dann wieder, die Anzahl der GrenzgängerInnen stieg, der Premier erkannte die Probleme und Gefahren und rief dazu auf die Beschäftigung der Frauen zu fördern. Konkrete Gestaltungselemente wurden jedoch nur spärlich eingesetzt. Ihre Realisierung erwies sich angesichts der bestehenden materiellen Anreize zur Nichterwerbsarbeit und den dadurch in den Köpfen verankerten Ansprüchen an Gesellschaft und Partnerin als schwierig. Die Frauen dankten dem Premier seine Bemühungen nicht. Er musste sich zufrieden geben mit einer nur gering ansteigenden Frauenerwerbstätigkeit und Ende der 90er Jahre resignierte er und fand sich damit ab, dass GrenzpendlerInnen und ImmigrantInnen zwar auch Probleme mit sich bringen, diese aber erst längerfristig entstehen, und nicht ihm allein angelastet werden. Da er sein ursprüngliches Ziel, die Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit, jetzt aufgegeben hat, kann er sich wieder der materiellen Besserstellung von Müttern zuwenden, zumal er aus dem Vollen schöpfen kann.

Als weitsichtiger Mann sieht Juncker auch die Wolken am Konjunkturhorizont und weiß, dass es von Vorteil ist jetzt schon Maßnahmen zu ergreifen, die die Frauen vom Arbeitsmarkt weghalten. Bei der nächsten Krise werden wir noch nie erreichte Arbeitslosenzahlen erleben. Juncker weiß, dass dann die Verteilungskämpfe härter werden. Auch die zwischen Männern und Frauen.

Nur wer sich die Mühe macht diesen langjährigen Prozessablauf zu analysieren, wird verstehen, weshalb die vorgeschlagene Mütter-Renten-Reform einen Schritt zurück bedeutet.

Wenn wir weiterhin diese diskontinuierliche Politik, je nach Arbeitsmarkt und Interessenlage, verfolgen, werden wir auch in ein paar Jahrzehnten in Bezug auf Frauen und Erwerbsarbeit nicht weiter sein als heute, das heißt: Frauen „dürfen“ arbeiten, auch wenn sie Mütter sind, von den Vätern spricht niemand, aber als Väter „müssen“ sie arbeiten.

Aber genau so will es wohl die Regierung, sie traut sich nur nicht es zu sagen. Weshalb eigentlich nicht? Widerspruch ist doch nur wenig zu erwarten, wie eingangs erläutert. Parlamentarische und außerparlamentarische Unterstützung ist ihr sicher. Weit und breit regt sich kein Widerstand. Also, nur Mut! Das einzige, was sie wohl daran hindert, ist das Eingeständnis vor sich selbst und den anderen (Europa sei dank - man kommt sich so nahe) eine fortschrittliche Rückschrittpolitik zu betreiben, oder ist es eine rückständige Fortschrittpolitik?

Gaby Urbé

Bei der nächsten Krise werden wir noch nie erreichte Arbeitslosenzahlen erleben. Juncker weiß, dass dann die Verteilungskämpfe härter werden. Auch die zwischen Männern und Frauen.